



Grußwort des Kreisvorsitzenden:

Liebe liberale Freunde,

nach dem so erfolgreichen Wahljahr 2009 bläst uns derzeit der mediale Gegenwind ins Gesicht. Dies gilt aber vor allem für die Bundespolitik, denn auf Landesebene wie auch kommunaler Ebene können wir weiterhin mit sachorientierter Arbeit durchdringen.

Deshalb sollten wir – unabhängig von manchen Verbesserungsmöglichkeiten in der bundespolitischen Außendarstellung der Partei und ihrer Protagonisten – weiterhin bei Diskussionen vor Ort an unserer Linie festhalten, über Sachfragen und –argumente zu diskutieren und auch pauschale Anwürfen mit einer Rückführung zum Sachthema zu begegnen. Denn inhaltlich geben uns die meisten Bürger recht, gerade wenn sie sich mit einem Thema mal etwas genauer und objektiv befasst haben.

Werben und arbeiten wir also weiter für die liberale Sache, außerhalb und – wenn es sein muss – auch innerhalb unserer Partei.

Für die Osterzeit wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie ein paar geruhsame Tage.



Mit li(e)beralen Grüßen

Ihr

helmut.kaltenhauser@fdp-aschaffenburg.de

Inhaltsverzeichnis

Bericht von der FDP-
Kreistagsfraktion

Seite 1

Bericht von LFA Familie, Frauen,
Senioren, Kinder & Jugend

Bericht vom LFA Gesundheit

Seite 2

Bericht aus dem Stadtrat Alzenau

Seite 4

Neues aus dem Ortsverband
Kleinostheim

Goldbach kämpft gegen Bahnlärm

Neujahrsempfang der FDP
Main-Kinzig

Seite 4

Informationen aus Karlstein

Seite 5

Termine

Seite 6

Bericht von der FDP-Kreistagsfraktion



Dr. Rolf Ringert

rolf.ringert@fdp-aschaffenburg.de

Im Februar (8.2.) war die erste Kreistags-sitzung in 2010. In dieser Sitzung wurde der Kreishaushalt für dieses Jahr beschlossen. Unsere Stellungnahme dazu ist auf der Internetseite der FDP (www.fdp-aschaffenburg.de) nachzulesen.

Leider ließ sich auf Grund der Pflichtaufgaben des Kreises für Sonder- und weiterführende Schulen eine Netto-Neuverschuldung von 1.5 Mio € nicht vermeiden. Dabei sind einige Projekte (z.B. „Solardächer“, Neuer „Busbahnhof“ für die Gymnasiums- und Real-Schulanlage in Hösbach) bereits gestrichen oder in kommende Haushalte verschoben worden.

Unsere Fraktion hat der Haushaltsverabschiedung zugestimmt, da wir bei den Hauptprojekten für die kommenden Jahre zugestimmt hatten. Wir hatten ja kreisintern schon eine Vordiskussion mit Kreiskämmerer Schmitt und stv. Stein im Dettinger „Stehkragen“, eine knappe Woche vor der Kreistags-sitzung zu der alle

Mitglieder eingeladen waren. Unsere Stellungnahme ist – wie oben erwähnt – auf der FDP-Homepage im Internet nachzulesen. Übrigens wurde der Haushalt von allen Fraktionen angenommen; es kam lediglich zu 1 Gegenstimme aus der Grünen-Fraktion.

Das Minus im Kreishaushalt kommt in erster Linie durch eine moderate Erhöhung der Bezirksumlage zustande: der Kreis muss in diesem Jahr ca. 26 ½ Mio € an den Bezirkshaushalt überweisen gegenüber 22 ½ Mio € in 2009. Für die kommunale Sozialhilfe nach SGB II und XII müssen wir unter Anderem wegen verringerter Bundeszuschüsse fast 1 ½ Mio € mehr aufwenden.

Die Aufwendungen für Personal – Gebäudeunterhalt inkl. Energiekosten – Jugendhilfe – Schülerbeförderung – und andere derartige Haushaltspositionen steigen relativ gering an (zusammen ca. 500000 €).

Das Bauvolumen für Hochbauten in 2010 wird um etwa 700.000€ höher ausfallen als 2009.

Allerdings haben wir aus der gemeindlichen Finanzierung des Kreishaushaltes in durch die Kreisumlage immerhin ein Plus von 7 ¾ Mio € zu erwarten. Demgegenüber steht aber ein Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen des Landes an den Kreis Aschaffenburg um 4.2 Mio €..

Der Schuldenstand des Landkreises lag am 31.12.2009 erstmals seit langem wieder unter 50 Mio – bei 49.293.493,06 € und könnte am Ende 2010 etwa maximal bei 54 Mio Euro liegen—aus 2009 gibt es noch ev. Restausgaben von 3.5Mio Schuldenermächtigung + die neue Kreditermächtigung für 2010 in Höhe von 1,5Mio €.

Schlechter sieht es für die Zukunft – langfristige Haushaltsplanung – aus;

es ist von einem erheblichen Rückgang der Kreisumlage auszugehen bei gleichzeitig erhöhten Bauausgaben für die neue Realschule Großostheim für die ebenso wie bereits für die Realschule Bessenbach (die beide vorerst in „Nebenhaushalten“- als Zweckverbände mit den jeweiligen Kommunen geführt werden) und für den Neubau der Berufsschule III (Ernährung), für die der Landkreis zuständig ist- Hinzu kommt noch ein notwendiger Um- oder teilweise Neubau des Kreiskrankenhauses Wasserlos.

Als FDP werden wir uns auch weiterhin für eine allmähliche Steigerung der Kreisumlage (wir haben den niedrigsten Umlagesatz aller unterfränkischen Kreise)

aussprechen, um die Schuldenlast in den nächsten Jahren möglichst nicht noch erheblich ansteigen zu lassen.

Dazu ist bei den Großparteien – CSU,SPD und auch den Freien Wählern aber erheblicher Widerstand zu erwarten- sitzen doch von denen viele Gemeindebürgermeister als Kreisräte im Kreistag.

Als positive Meldung aus dem Kreistag sei noch vermerkt, dass unser FDP-Mitglied Frau Stefka Huelsz – Träger aus Alzenau auf unseren Vorschlag hin zu einem der neuen sieben ehrenamtlichen Verwaltungsrichtern für die Zeit vom 1.04.10 bis 31.03.15 in Würzburg gewählt wurde.

Bericht von dem LFA Familie, Frauen, Senioren, Kinder & Jugend von Rolf Ringert

Dieser Landesfachausschuss hatte am 13.3.10 in München seine konstituierende Sitzung für dieses Jahr.

Als Fachausschussvorsitzende wurde Frau M. Wolsky aus München auf Vorschlag von Frau Leutheusser-Schnarrenberg gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Sozialwissenschaftlerin Frau Schwinger (ebenfalls München) und Dr. Rolf Ringert aus Alzenau gewählt.

In Anwesenheit der MdB Frau Miriam Gruß (gleichzeitig Generalsekretärin der FDP Bayern) , die Mitglied im Bundestagsausschuss für Familienpolitik ist und von MdL Frau Brigitte Meyer – Mitglied im entsprechenden Landtagsausschuss für Familienpolitik und Mitglied der Kinderkommission des Landtags–, wurden die Themen für die kommenden Sitzungen vorerörtert: „ Mehr Zeit für Familie für Berufstätige“ – „Gewalt bei Jugendlichen“ –

„Frühkindliche Bildung im Kindergarten“ – „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – „Reformierung der Erzieher(innen) ausbildung“, „Teilhabe von Senioren“ – „Zivildienst“- „Jugendfreiwilligendienste“- „Jugendgewalt-Alkohol-Drogen-Zukunftsangst, Zusammenhänge“- „gleicher Lohn (Frauen-Männer) für gleiche Arbeit“- „Jugendbeirat in Bayern“- „Familien in Trennungs- u. Scheidungssituation“ und noch einige andere.

Bericht von dem LFA Gesundheit von Rolf Ringert

Der Landesfachausschuss für Gesundheit hat bereits 4x getagt- ich bin zwar unterfränkischer Delegierter in diesem Fachausschuss, der wechselweise in Nürnberg, München und Augsburg zusammenkommt- musste mich aber bisher bei allen Sitzungen entschuldigen,

da ich bei der konstituierenden Sitzung (Juli09)in Urlaub war, beim 2.Mal krankheitsbedingt , beim 3. und 4. Mal wegen Terminüberschneidung nicht zur jeweiligen Sitzung fahren konnte (Beim letzten Mal Überschneidung mit der konstituierenden Sitzung des o.g. Ausschusses und auch noch einer Klausurtagung des unterfränkischen Bezirksvorstands).

Hier auch Themen , die im Ausschuss behandelt wurden , bzw noch werden: Eintreten für monistische Krankenhausfinanzierung;- Präventionsprogramme gegen Jugendgewalt;- Bürokratische Hindernisse im Gesundheitswesen

Zum Beispiel beim einrichtungsinternen Qualitätsmanagement und im Krankenhaus- Datenschutz und psychiatrische Versorgung in Bayern; - Pro und Contra medizinische Versorgungszentren (MVZ);- Cannabis-Legalisierung;- Arzneimittelversorgung- Patientenrechte im Bereich der GKV;- Qualität, Kostensenkung und Pflege- Gesundheitskarte;- Verbraucherschutz im

Gesundheitswesen- und noch viele andere Themen. Behandelt wurde bereits „Rettungswesen in Bayern“ „psychosoziale Prävention im Kindes & Jugendalter“; „monistische Krankenhausfinanzierung“ Bei besonderem Interesse kann ich ev. weitere Informationen zu einzelnen Themen geben- dafür könnten Sie mich kontaktieren.

Neumitglieder

... können in dieser Ausgabe leider keine genannt werden.

Wir hoffen in der nächsten Ausgabe wieder Neumitglieder begrüßen zu dürfen.

Bericht aus dem Stadtrat Alzenau



Jeanette Kaltenhauser

Jeanette.kaltenhauser@fdp-aschaffenburg.de

Aktuelles Thema im Alzenauer Stadtrat war im Februar die Optimierung der Breitbandversorgung im Stadtgebiet. Zwar gibt es in der Kernstadt Alzenau einen „Versorgungs-Knoten“ der Deutschen Telekom, jedoch liegt das Problem darin, dass die Geschwindigkeit der Datenübermittlung mit der Entfernung zu diesem Knoten abnimmt. Das bedeutet, dass Internetnutzer in der Kernstadt Alzenau 16 Mb im Download zur Verfügung haben. Während User in manchen Gebieten der am weitesten entfernten Stadtteilen wie Hörstein oder Albstadt sich mit 0,4 Mb im Download begnügen müssen.

Auch der Freistaat Bayern hat erkannt, dass sich die Situation in den ländlichen Regionen des Landes deutlich von der in den Städten unterscheidet und hat deshalb eine staatliche Förderung von 70% der Infrastrukturmaßnahmen („Breitbandrichtlinie“) in Aussicht gestellt. Allerdings liegt die Höchstförderung bei 100.000 EUR und die sind bei der Fläche der Stadt Alzenau schnell verbaut. Folglich muss die Stadt noch ordentlich selbst dazu in die Tasche greifen.

Allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Versorgungsproblematik mit DSL keineswegs eine gottgegebene ist, mit der sich die einzelnen Kommunen quasi qua Amt auseinanderzusetzen haben. Vielmehr ist der rechtliche Hintergrund folgender: Laut TKG 1996 musste die Bundesregierung nach § 17 (2) per Verordnung die Definition der Universaldienstleistung jeweils der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung anpassen.

Die damalige (1994) Festlegung auf ISDN hätte zum Zeitpunkt der Novellierung des TKG (in 2004) angepasst werden müssen. Im TKG 2004 liest sich das im § 78 dann aber ganz anders. Da wird gesetzlich festgelegt, was eine Universaldienstleistung ist, nämlich ISDN. Von einer Erfordernis zur laufenden Anpassung ist nicht mehr die Rede, die Weiterentwicklung DSL ist damit kein Muss mehr.

Dies führt nun dazu, dass insbesondere DSL mit höheren Übertragungsraten keine Universaldienstleistung mehr ist. Deshalb kann sich die Telekom auf Städte und Stadtzentren konzentrieren, in denen i.a. etwas zu verdienen ist, der ländliche Raum oder auch Stadtränder bleiben außen vor. In diesen Fällen wie hier in Alzenau argumentiert die Telekom, dass die Kommune eben dafür zahlen müsse, wenn sie auch in diesen Gebieten eine bessere Versorgung wünsche.

Insgesamt also eine hervorragende Lobbyarbeit der Telekom, diese Anpassungsklausel aus dem Gesetz herauszubekommen; dies geht nun zu Lasten v.a. der ländlichen Regionen. Übrigens ist diese nun vorliegende Situation keine Konsequenz der Privatisierung. Vielmehr wurde erst bei der Novellierung in der rot-grünen Regierungszeit dem Privatunternehmen Telekom eine im Rahmen der Privatisierung wesentliche Bedingung ohne weitere Gegenleistung erlassen.

Ein besonderes Schmankerl sind deshalb die Forderungen von roten oder grünen Kommunalpolitikern nach staatlichen Ausgleichsmaßnahmen für die entstandene Versorgungslücke, was in der Summe heißt, dass Lasten einem Privatunternehmen erlassen wurden und die Folgen von den Kommunen getragen werden müssen. Es wurden nun ein Markterkundungs- und ein Auswahlverfahren durchgeführt mit dem Ergebnis, dass vier Angebote abgegeben wurden.

(Lt. des dieses Verfahren betreuenden Ingenieur-Büros gibt es auch etliche sehr ländliche Kommunen, wo gar kein Angebot abgegeben wird! Was die machen sollen, ist mir schleierhaft.)

Maßgebliche Auswahlkriterien für einen bestimmten Netzbetreiber sind neben den Kosten für die öffentliche Hand auch die Kosten/Tarife für den künftigen Endkunden.

Die optimale Lösung wäre sicher die Verlegung von Glasfaserkabeln durch alle Stadtteile, was aber ein Aufreißen sämtlicher Straßen mit sich bringen würde und außerdem unbezahlbar für die Kommune ist. Ein Anbieter setzt auf eine Funklösung mittels Richtfunk vom Hahnenkamm herab in alle Stadtteile und dann dezentrale Verteilung. Hier gibt es zum einen die Gefahr von „Funkschatten“ für einzelne Wohngegenden und zum anderen die direkte Ankündigung aus der Bevölkerung zur Aufstellung einer Bürgerinitiative dagegen.

(Natürlich ist die Belastung der Menschen durch Richtfunk unter allen Grenzwerten und nur max. 10% der Handystrahlung, aber die Befindlichkeit in der Bevölkerung ist z. Zt. sehr sensibel. Darüber kann und sollte man sich m. M. n. als Kommunalpolitiker nicht einfach hinwegsetzen.) Übrig bleiben demnach nur zwei Angebote, die beide netzgebunden sind und auf den Ausbau und die Verstärkung (mittels DSLAM-Verteilerkästen) des bestehenden Kupferkabelnetzes der Telekom setzen.

Hier kommen nun Empfehlungen des Bayrischen Wirtschaftsministeriums zum Tragen, die wohl mehrere Anbieter unter die Lupe genommen haben. Da derzeit ja sehr viele Kommunen gleichzeitig um den Ausbau Ihrer Netze bemüht sind, allerdings noch kein einziges vollständig von einem Netzanbieter ausgebaut wurde (nur vereinzelt gibt es fertige Teilprojekte), fehlen Erfahrungswerte.

Zudem bezweifelt das Ministerium die Leistungsfähigkeit einzelner Anbieter. Vor diesem Hintergrund werden Verhandlungen mit einem der beiden letzteren Netzbetreiber (Ausbau des bestehenden Kupferkabelnetzes) aufgenommen und vorsorglich bei allen Straßenbaumaßnahmen noch große Leerkabel unter der Erde verlegt – für evtl. späteren Glasfaserausbau.

Fazit: Es tut sich was, aber es bleibt schwierig! Oder wie der Lateiner sagt: Per aspera ad astra.

Neues aus dem Ortsverband Kleinostheim



Dieter Josten

D.Josten@fdp-kleinostheim.de

Schwerpunkt der Ortsverbandsarbeit war wie so häufig die Arbeit im Gemeinderat. Allerdings mangelte es der Gemeinde an Themen, so dass die Februarsitzung ausfiel. Im Januar war der Jahresabschluss und die wirtschaftliche Lage der kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft ein wesentlicher Teil der Tagesordnung.

Angesichts der hohen Schulden plädierte ich wie schon im Vorjahr für eine Privatisierung der Wohnungsbau-gesellschaft, stand damit aber allein. Was viele vielleicht nicht wissen: Die Schulden solcher ausgelagerten Firmen tauchen nicht in der Schuldenstatistik der Gemeinde auf, obwohl die Gemeinde alleiniger Gesellschafter ist.

Im März ging es dann um den Haushalt. Die Zustimmung fiel mir nicht schwer,

denn obwohl die Gemeinde für 2010 Investitionen von fast 6,5 Millionen plant, müssen keine neue Schulden aufgenommen werden. Kritisiert wurde von mir allerdings, dass trotz der Folgen des langen Winters für Instandsetzung von Straßen nur 250.000 Euro eingeplant wurden. 2008 hatte man immerhin 360.000 Euro ausgegeben. Angesichts der vielen Schlaglöcher scheint mir das nicht zu genügen.

Außerdem wandte ich mich gegen die personelle Aufblähung des Bauhofes. Personalkosten in Höhe von € 750.000 allein für den Bauhof scheinen mir für eine Gemeinde von der Größe Kleinostheims zu hoch zu sein. Hier müsste man meines Erachtens in Zukunft bei Neueinstellungen etwas zurückhaltender sein.

Goldbach kämpft gegen den Bahnlärm



Markus Heeg

markus.heeg@fdp-aschaffenburg.de

Ogleich wir als Liberale derzeit in Goldbach über keine Mandate verfügen, versuchen wir mit Hilfe von regelmäßigen Stammtischen, die für alle Bürger offen sind, im politischen Geschehen präsent zu bleiben.

Ein aktuell diskutiertes Thema ist hierbei die Belastung der Anwohner durch den zunehmenden Schienenverkehr. In Goldbach verläuft die Bahnlinie – ähnlich wie die Autobahn – mitten durch die Ortschaft.

Während die Lärmbelästigung durch den Autoverkehr durch die allseits bekannte Einhausung mittlerweile deutlich reduziert ist, scheint für die Belastung der Bevölkerung durch die Eisenbahnzüge keine Lösung in Sicht.

Problematisch sind insbesondere die Güterzüge, die vor allem nachts zum Einsatz kommen und in der Regel über keinerlei Techniken zur Lärmvermeidung verfügen.

Aus diesem Grund ist eine FDP-Veranstaltung geplant, die den Bürgern Informationen geben soll, wie sich die momentane Situation darstellt und wie man gegebenenfalls aktiv Einfluss auf Lärmschutzmaßnahmen nehmen kann.

Weiterhin freuen wir uns natürlich über Interessenten, die bei uns mitmachen wollen.

Die Termine für unseren Stammtisch werden regelmäßig auf www.fdp-goldbach.de veröffentlicht.

Neujahrsempfang der FDP Main-Kinzig von Jeanette Kaltenhauser

Am Rande des Besuchs der Liberalen aus Alzenau und Aschaffenburg-Land beim Neujahrsempfang der FDP Main-Kinzig in Hanau wurden auf Basis der traditionell sehr guten Beziehungen ins hessische „Ausland“ neue Kontakte geknüpft und aktuelle Themen diskutiert.

Zahlreiche Gesprächspunkte ergaben sich besonders aus dem Vortrag der hessischen Kultusministerin Dorothea Henzler über die geplanten und teilweise schon umgesetzten Reformen in der Bildungslandschaft Hessens.

So sind in Hessen etwa eigenverantwortliche Schulen geplant, die in Freiheit und Verantwortung die Unterrichtsgestaltung und die Organisation des Schulbetriebs so gestalten, wie es den Bedürfnissen der Schüler entspricht und zum sozialen Umfeld der Schule passt.

Eigenverantwortliche Schule bedeutet, dass jede Schule zukünftig ihre Finanzmittel und ihr Personal eigenständig verwaltet und einstellt.

Der Vorsitzende der FDP Aschaffenburg-Land, Dr. Helmut Kaltenhauser stellte neidvoll fest,

dass dabei die organisatorische Freiheiten in der Selbstverwaltung mit einer Zentralisierung der Schulabschlüsse aller Ebenen angestrebt und auch erreicht werden können.

Um lokale Themen etwa länderübergreifende Verkehrsplanung und Infrastruktur zu besprechen, wurden von der Alzenauer Stadträtin Jeanette Kaltenhauser weitere Gespräche auf Ebene der Kreisverbände Main-Kinzig und Aschaffenburg und der kommunalen Mandatsträger vereinbart.



Liberalen beim Meinungsaustausch über Landesgrenzen hinweg (v.l.n.r.): Landtagsabgeordneter Alexander Noll (Großkrotzenburg), Stadträtin Jeanette Kaltenhauser (Alzenau), Kreisrat Dr. Helmut Kaltenhauser (Alzenau) und die Hessische Kultusministerin Dorothea Henzler.

Informationen aus Karlstein



Peter Kress

peter.kress@fdp-karlstein.de

Am 17.03.10 war die März Sitzung des Gemeinderates.

Themen waren u. a. die Einführung der Mittelschule im Zuge der Bildung eines Schulverbundes mit Alzenau, die Gestaltung des Karlsplatzes, die Einrichtung von zwei Krippengruppen im Kindergarten "Villa Kunterbunt" sowie die Errichtung von Fotovoltaikanlagen.

Im Zuge immer geringerer Hauptschülerzahlen hat die Bayerische Staatsregierung die Bildung von Schulverbänden ins Leben gerufen, um ortsnahe Schulbildung zu ermöglichen. Dies soll auch im Landkreis Aschaffenburg durch die Bildung von vier möglichen Schulverbänden realisiert werden.

Da auch in Karlstein die Schülerzahlen stark nach unten gehen, bietet sich die Bildung eines Schulverbundes mit der Karl-Amberg-Schule in Alzenau an. Dadurch ist es möglich sowohl die Mehrzügigkeit der Hauptschulzweige, als auch einen Mittelschulzweig zu gewährleisten.

Der Gemeinderat hat einstimmig der Bildung dieses Schulverbundes zugestimmt. Aus Sicht der FDP ermöglicht dieser Schulverbund die Erhaltung des Schulstandortes Karlstein; zumindest für die nächsten zehn Jahre. Sollten die prognostizierten Schülerzahlen allerdings eintreffen, dann ist zu befürchten, daß auch unser Schulstandort zur Disposition steht.

Aufgrund fehlender Fördergelder wird der Karlsplatz in einer etwas abgespeckten Form gestaltet. An der Gesamtplanung hält der Gemeinderat fest. Die Umsetzung soll erfolgen, sobald die Finanzierung gesichert ist.

Zum Schuljahreswechsel hat der Gemeinderat der Umsetzung zur Einrichtung zweier Krippengruppen im Kindergarten "Villa Kunterbunt" zugestimmt, um kurzfristig den notwendigen Bedarf von 25 Plätzen decken zu können.

Als mögliche Standorte für Fotovoltaikanlagen bieten sich das alte Rathaus in Großwelzheim sowie der Kindergarten "Villa Kunterbunt" an. Hierfür sollen Angebote eingeholt werden. Der Gemeinderat war einstimmig der Meinung, dass die vorgelegten Kostenschätzungen zu hoch sind. Lokale Anbieter sollen zur Angebotabgabe gesondert angeschrieben werden.

Mehr Informationen zur Arbeit im Gemeinderat finden Interessierte unter www.fdp-karlstein.de.

Termine:

30.03.2010, 19:00 Uhr: „Die Zukunft des Sozialstaates“, Veranstaltung mit Heinrich Kolb MdB in Aschaffenburg

Treffen des Kreisverbandes

12.04.2010, 20:00 Uhr in Alzenau

14.06.2010

09.08.2010

11.10.2010

13.12.2010

Die Örtlichkeiten werden kurzfristig bekannt gegeben. Bitte auf die Hinweise auf der Kreis-Homepage achten.

Treffen des Präsidiums

10.05.2010

12.07.2010

13.09.2010

08.11.2010

Die Örtlichkeiten werden kurzfristig bekannt gegeben. Bitte auf die Hinweise auf der Kreis-Homepage achten.

FDP Kleinostheim

26.04.2010, 20:00 Uhr, Liberaler Stammtisch im Gasthaus Schützenhaus

Die nächste Ausgabe von *FDP intern* erscheint voraussichtlich Ende Juni 2010.

Das Redaktionsteam freut sich über Artikel, die in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden können. Sie erreichen uns unter folgenden Email-Adressen:

Nadine Gries nadine.gries@fdp-aschaffenburg.de

Dieter Josten D.Josten@fdp-kleinostheim.de

Peter Kreß peter.kress@fdp-karlstein.de

Wir wünschen unseren Lesern ein frohes Osterfest.